

**Rede  
des sozial- und gesundheitspolitischen Sprechers**

**Uwe Schwarz, MdL**

zu TOP Nr. 2b

Aktuelle Stunde

**Kein Applaus für 60-Stunden-Woche! Pflegepolitik in  
Niedersachsen ohne Plan**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7865

während der Plenarsitzung vom 10.11.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich denke, alle Berufsgruppen, die gegenwärtig mittelbar oder unmittelbar etwas mit Corona zu tun haben, leisten seit Monaten Großartiges. Da braucht man nicht einzelne Gruppen herauszuziehen. Diese Gesellschaft kann ihnen insgesamt nur sehr dankbar für diese Arbeitsbewältigung sein.

Das ist übrigens nach meiner Einschätzung auch ein Beweis dafür, dass die Solidarität und der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft trotz aller Verschwörungstheorien funktionieren. Ich finde, wir sollten das nicht leichtfertig aufgeben. Insofern frage ich mich ernsthaft, was die Grünen mit der Aktuellen Stunde unter dieser Überschrift und den noch hinzugefügten elf Anträgen hier heute bezwecken wollen.

Da kriegen wir die Aufforderung: „Kein Applaus für die 60-Stunden-Woche!“ Ehrlich gesagt, diesen Applaus hat auch niemand angestrebt. Niemand hat damit gerechnet, dass er kommt. Was ich von Ihnen heute den ganzen Morgen über höre, ist: Wir brauchen mehr Personal! Es hätte mehr gemacht werden müssen usw.! - Sie sind viel zu intelligent, als dass Sie selbst nicht genau wüssten, dass Sie ständig Personal fordern, das es gar nicht gibt. Sie fordern ständig Verlagerungen von Beschäftigungen, die alle schon durchgeführt worden sind. Sie wollen ständig Unterrichtungen erhalten. In der letzten Sitzung des Sozialausschusses hat der Staatssekretär sehr intensiv über dieses Thema unterrichtet, nämlich über die Öffnung der Arbeitszeitverordnung durch eine Sondergenehmigung. Das alles ist für Sie nichts Neues. Sie tun aber so, als hätte das alles nicht stattgefunden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was Sie hier machen, ist nicht wirklich aufrichtig. Das, was Sie hier machen, ist populistisch!

Sie zählen in Ihren Entschließungsanträgen eigentlich völlig unstrittige Binsenweisheiten auf. Sie arbeiten mit Allgemeinplätzen oder Textbausteinen. Darunter befinden sich Entschließungsanträge, in denen dreimal dasselbe vorkommt, obwohl das bereits im Ausschuss liegt und wir uns darüber unterhalten haben. Auf eine Frage komme ich gleich zurück.

Was ist aktuell eigentlich passiert? - Die Landesregierung hat sozusagen als vorsorgende Maßnahme nach dem Arbeitsschutzgesetz wieder die Möglichkeit eröffnet, Ausnahmen vorzusehen. Sie hat die Möglichkeit eröffnet, dass eine begrenzte Anzahl bestimmter Personengruppen für einen begrenzten Zeitraum keine Freizeit an Sonn- und Feiertagen hat, sondern dass dann gearbeitet werden kann. Sie hat ermöglicht, dass die zulässige Arbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden am Tag erweitert werden kann. - Das findet niemand toll; das ist überhaupt keine

Frage. Aber das ist exakt dieselbe Maßnahme, die bei der ersten Welle bundesweit ergriffen worden ist.

Damals hat es dazu keine Debatten gegeben. Jetzt meint man, man müsse irgendetwas hochpushen. Was ist denn eigentlich das Ziel? Was wollen Sie eigentlich erreichen? Wollen Sie die Personengruppen gegeneinander aufhetzen?

In dieser Arbeitszeitverordnung werden fünf unterschiedliche Beschäftigungsgruppen genannt, die mit Ausnahmen belegt werden können. Fünf! Sie greifen sich eine heraus. Was ist das Ziel? Alle fünf leisten hervorragende Arbeit. Alle fünf gehen sozusagen auf den Knien. Wenn Sie dann hier mit einer einzigen Gruppe kommen, dann - das sage ich Ihnen noch einmal - ist das eine rein populistische Vorgehensweise von Ihnen.

Welche Situation entsteht daraus wirklich? - Die Arbeitgeber können flexibler reagieren, aber sie können das nicht allein. Das ist mitbestimmungspflichtig! Sie brauchen den Betriebsrat bzw. den Personalrat. Das ist auch gut so! Und wenn das nicht einvernehmlich geregelt wird, dann findet das nicht statt.

Ich nehme vor Ort etwas ganz anderes wahr: Ich nehme Pflegekräfte und Beschäftigte im Gesundheitswesen wahr, die geradezu dankbar sind, dass man eher in Blöcken arbeiten kann, als dass man ständig rein- und rausgeht und sich dabei höheren Gefahren aussetzt. Sie sind dankbar dafür - nicht, dass sie 60 Stunden arbeiten können, sondern dass ihnen in dieser Situation eine flexiblere Arbeitszeit ermöglicht wird. All dies ist mit ihren dortigen Mitbestimmungsorganen, mit ihren Betriebsräten, durchgesetzt worden.

Insofern frage ich noch einmal: Was soll das eigentlich? Wen wollen Sie hier eigentlich gegeneinander aufhetzen? Das, was Sie hier abbilden, ist überhaupt nicht die Lebenswirklichkeit, die wir zurzeit vor Ort haben

Das hat ausschließlich etwas damit zu tun, dass Sie meinen, sich auf dem Rücken der Pflegekräfte profilieren zu müssen! Das finde ich, ehrlich gesagt, unanständig!

Eines will ich Ihnen abschließend sagen, meine Damen und Herren:

„Die Ausnahmeregelungen sehen vor, dass in systemrelevanten Tätigkeiten, die für die Daseinsvorsorge oder zur Bekämpfung der Pandemie ... wichtig sind, auch an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden darf. Zudem kann in diesen Tätigkeiten die tägliche Höchstarbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden verlängert werden. „Mit dieser Regelung reagieren wir vorsorglich auf mögliche Personalengpässe“.

Das ist nicht aus Niedersachsen, sondern das ist die Verordnung des grünen Ministerpräsidenten Herr Kretschmann.

Deshalb kann ich Ihnen sagen: Das ist bundeseinheitlich so geregelt. Das ist nicht schön, aber es ist notwendig. In Baden-Württemberg macht man offensichtlich Realpolitik, und bei Ihnen macht man Populismus. Vielleicht kommen Sie wieder in der Realpolitik an, meine Damen und Herren von den Grünen.